

**Abonnements**  
 werden beim Verlag und dessen  
 bekannten Agenten entgegen-  
 genommen, und zwar zum  
**voraus zahlbaren**  
 Vierteljahrspreis von:  
 M. 4,40 für Deutschland (direkt  
 per Brief-Gewehr)  
 M. 2,75 für Oesterreich (direkt  
 per Brief-Gewehr)  
 M. 3, — für alle übrigen Länder  
 des Weltverkehrs (Australien).  
**Inserate**  
 die dreizehnpennige Zeilzeile  
 3 Pence — 25 Pfg. — 30 M.

# Der Sozialdemokrat

**Erscheint**  
 wöchentlich einmal  
 in  
**London.**  
**Verlag**  
 der  
 German Cooperative Publishing Co.  
 E. Barnstone & Co., London N. W.  
 114 Kentish Town Road.  
**Postsendungen**  
 franco gegen franco.  
 Großbritannien Briefe  
 nach England kosten Doppelpost.

## Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

N. 3.

Bestelle an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Postadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

18. Januar 1890.

### Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

#### Zu den Reichstagswahlen.

II.

Die Wahlen sind ausgeschrieben. Diese Nummer trifft die Genossen im Reich bereits im heißen Kampfgeißel. Daß sie ihr Möglichstes anbieten werden, der Partei jeden denkbaren Erfolg zu verschaffen, ist so selbstverständlich, daß es sie beleidigen hieße, wollten wir sie zur Erfüllung ihrer Pflicht aufrufen. Nicht zu diesem Zwecke schreiben wir diese Artikel. Die Aufgabe, die wir uns gestellt, ist vielmehr eine andre. Wider unsern Willen dem Schauplatz des Kampfes entrückt, an dem wir doch mit ganzer Seele theilnehmen, wollen wir in möglicher Ruhe und Objektivität die allgemeinen Gesichtspunkte dieses Kampfes erörtern, wozu denen, die mitten im heißen Gefecht stehen, nicht nur die Zeit, sondern auch oft die Stimmung fehlt.

Wir haben im vorhergehenden Artikel schon darauf hingewiesen, daß es für die Sozialdemokratie durchaus nicht gleichgültig ist, wie der Reichstag, auch abgesehen von den sozialistischen Abgeordneten, zusammengesetzt ist, daß die Partei darauf hinarbeiten muß, direkt und indirekt einen möglichst großen Einfluß in demselben zu besitzen. Das leuchtet jedem ein und bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung. Die Frage ist nur, was haben die Genossen neben der unmittelbaren Wahlthätigkeit für die Partei, die wir bereits flüchtig, zu thun, um das obige Resultat zu erzielen. Mit andern Worten: welches ist die beste Wahltaktik der Partei gegenüber den gegnerischen Parteien.

Wir wissen, welcher Einwand uns hier gleich gemacht werden wird: Wozu diese Frage noch lang und breit diskutieren? Die Gegner sind für uns nichts als eine reaktionäre Masse, wir lassen sie einfach links liegen, und damit basta.

Das lautet ungemein plausibel, und ist doch falsch. Vor allen Dingen im heutigen Deutschland falsch. Die gegnerischen Parteien sind keine Sozialisten, sie werden sich unter Umständen, und zwar alle ohne Ausnahme — darüber geben wir uns gar keinen Illusionen hin, und möchten auch den Genossen alle Illusionen austreiben — gegen uns verbünden; wir können uns auf keine von ihnen verlassen — darin haben die Anhänger des obigen Satzes Recht. Falsch ist nur die Zugewandlung, die sie daraus ziehen. Warum soll es der Sozialdemokratie verwehrt, warum ihr verboten sein, aus den rivalitäten zwischen ihren Gegnern den möglichsten Vorteil für sich herauszuschlagen? Was erforderlich ist, ist nur, daß diese Frage frei von allen sentimentalen Anwendungen erwogen wird. In Fragen der Taktik hat nicht das Gefühl, sondern das Interesse zu entscheiden, wobei wir selbstverständlich nicht an kleinliche Augenblicke, oder gar Kirchthurmsinteressen denken, sondern an die Interessen der großen Sache, der wir dienen, an die Interessen der Klasse, für deren Emanzipation wir kämpfen. Dieser Gesichtspunkt, der prinzipielle und Klassen-Charakter unserer Partei, darf selbstverständlich nie aus dem Auge verloren werden.

Gehen wir jedoch auf die konkreten Verhältnisse über. Was ist vom Standpunkt der Sozialdemokratie das wünschenswerteste Resultat der Reichstagswahlen, neben Zunahme der sozialdemokratischen Sitze und Stimmen? Eine Niederlage der Regierungsparteien, oder, mit andern Worten: ein Sieg der Oppositionsparteien.

Kein einziges ernsthaftes Argument, das dagegen spricht. Die Antwort ist durch die politische Verfassung Deutschlands gegeben.

In Deutschland sehen wir nicht, wie in parlamentarisch konstitutionellen Ländern, zwei große bürgerliche Parteien um die Herrschaft im Staate ringen. Die Herrschaft ist vielmehr etwas gegebenes, das Staatsruder ist, um einen Ausdruck der Geschäftswelt zu gebrauchen, in „festen Händen“. Diese „festen Hände“ sind gewissermaßen die Inkarnation der „bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“, das heißt, des bestehenden kapitalistischen Ausbeutungssystems. Um die Regierung gruppieren sich die Ausbeuterparteien kal' exochen, das moderne wie das modernisirte Junkertum, der kapitalistische Feudalismus in Landwirtschaft, Industrie und Handel. Bei den bürgerlichen Oppositionsparteien wiegen jeweilig Spezialinteressen, theils materieller, theils ideologischer Natur vor — welche Regiere beiläufig, wie beim Zentrum, sehr reaktionär sein können — bei den Regierungsparteien unterdrückt das kapitalistische Klasseninteresse alle ideologischen Nebenbestrebungen.

Von allen andern Fragen abgesehen, liegt es daher im Interesse der Arbeiterklasse, daß diese Parteien nicht die Majorität erhalten. Ihr Sieg hieße auf fünf Jahre hinaus den erbittertsten Feinden der Arbeiter einen Freibrief ausstellen, von dem die Herren nur zu eifrig Gebrauch machen

würden. Und wenn es ihnen auch nicht gelingen würde, der Sozialdemokratie den Garau zu machen, so würden sie doch ihr alle erdenklichen Opfer auslegen, der Arbeiterklasse die Wahrung ihrer Interessen in jeder möglichen Weise erschweren. Ein Sieg der Regierungsmehrheit heißt auf jeden Fall eine Schwächung der Position der Arbeiterklasse.

Genau das Gegenteil bedeutet ein Sieg der Opposition. Wie jämmerlich sie sich auch geberden mag, sie stärkt, ob sie es will oder nicht, die Macht der Arbeiter. Die bloße That- sache, daß die Gewalthaber im Parlament in der Minderheit sind, hebt ihr Selbstgefühl, kräftigt sie moralisch. Das ist eben die Rehrseite des monarchischen Konstitutionalismus, daß er die Interessen des Volkes mit denen der Feinde der Regierung identisch macht. In Deutschland ist es klar: wer für die Freiheit ist, kann unter keinen Umständen für die Regierung sein, er muß den Sieg ihrer Opposition wünschen, wie immer dieselbe auch beschaffen ist.

Schofel genug sieht es ja in dieser Hinsicht in unserm lieben Vaterlande aus. Wer bildet die bürgerliche Opposition? Das Zentrum und der deutsche Freisinn. Was das Erstere anbetrifft, so weiß jedes Kind, daß es in seinem Schooße Elemente birgt mit weit reaktionärerem Tendenzen, wie selbst viele, die im Schwanz der Regierungsparteien einherlaufen. Individuell betrachtet, wäre gar mancher National- liberale manchem Ultramontanen zehnmal vorzuziehen, aber er ist ein Stein im Brett der Regierung und muß daher von jenem geschlagen werden. Im Kampf heißt es nicht, was möchtest Du? sondern, was thust Du? Auf welcher Seite kämpfst Du? Und wer mit den Hellsdorf, den Kardorf, den Bennigsen geht, unterstützt die Feinde der Arbeiterklasse.

Ueber den deutschen Freisinn, diesen Mächtigen und Kam- dohnicht, noch ein Wort zu verlieren, ist eigentlich überflüssig. Das Zentrum ist perfid, hat schon manchen Berrath geübt, indeß dabei immer seinen Schnitt gemacht. Der deutsche Frei- sinn dagegen übt den Berrath nicht aus Perfidie, sondern aus jämmerlicher Schwäche. Wer den Schnitt dabei machte, das waren immer seine Feinde, er selbst wurde geschnitten. Dabei kann man nicht einmal sagen, daß die Führer schlechter sind als die Massen. Im Gegenteil, unter den Führern der Deutschfreisinnigen sind noch viele ihren Anhängern nicht feig genug, von denen der Hauptstadt vielleicht abgesehen. Nach dem schmuckvollen Verhalten der Partei bei den Stichwahlen von 1887 haben die Führer jetzt die Parole ausgegeben: Unter allen Umständen gegen das Kartell! Aber schon beginnt hinter ihren Rücken die Mogelei mit den Nationalliberalen; in Ehemnig ist der Pakt bereits geschlossen, und andere Orte werden folgen. Darüber darf man sich gar keinem Zweifel hingeben.

Eine jämmerliche Opposition, fürwahr. Aber mit all ihrer Jämmerlichkeit ist und bleibt sie nun einmal die Opposition, und wir haben kein Interesse daran, sie numerisch zu schwächen. Wie sie ist, bleibt sie doch ein Dorn im Fleisch der Macht- haber in Deutschland.

Wohlgemerkt, wir treten hier nicht dafür ein, mit Umgehung des St. Galler Beschlusses für die Gegner zu stimmen. Jener Beschluß ist gefaßt, und die Ehre der Partei gebietet, ihn zu halten. Was wir wollen, ist, dagegen eintreten, daß er in der Hitze des Gefechtes eine Wirkung erhält, die direkt den größten Feinden der Arbeiterklasse, dem Erbfeind der Völkerei, dem preussischen Polizeisystem zu Gute kommt. Bei aller Kritik, bei aller scharfen Bekämpfung von Zentrum und Freisinn dürfen die Genossen sich nicht davon abdrängen lassen, daß jenes der Feind ist, der ins Herz getroffen werden muß.

Was ein Sieg der Regierung bedeutet, abgesehen von allen weiteren Belastungen, haben wir oben gesagt.

Was würde ein Sieg der Opposition bedeuten? Die schlimmsten Eventualitäten wären: ein Kompromiß der Regierung mit dem Zentrum oder eine baldige Reichstagsauf- lösung und Neuwahl.

Beiden Eventualitäten kann die Sozialdemokratie getrost ins Auge blicken.

Ein Kompromiß der Regierung mit dem Zentrum würde nicht schlimmere Belastungen und Bedrückungen bringen als ein Sieg der Regierungspartei, es würde aber den so not- wendigen Zerlegungsprozess dieser Mischmaschpartei erheblich beschleunigen. So schlan die Zentrumsführer sind, das können sie doch nicht verhindern, daß alsdann der reaktionäre Pferde- fuß ihrer Partei immer deutlicher zu Tage tritt. An der Aufgabe, die Junker und die Arbeiter im Zentrum zufrieden zu stellen, scheitert selbst die Fuchslugheit eines Windhorst. Geht aber das Zentrum unter Führung der Junker mit der Regierung, so gehen die Zentrumsarbeiter zur Sozialdemokratie.

Kommt es dagegen zur Reichstagsauflösung, so ist wiederum der Vortheil auf Seiten der Sozialdemokratie. Jede Wahl bedeutet eine Förderung derselben, eine Stärkung der Arbeiter- klasse. Jede Wahl zwingt die herrschenden Klassen, um die Gunst der Arbeiter zu hohlen, ihnen Versprechungen zu machen, sie anzurücken. Und die Wirkung ihrer Agitation erndtet die Sozialdemokratie.

Das sind die schlimmsten Eventualitäten. Hält dagegen die Opposition Stand und geht im Reichstag das Raufen los, so

hat die Sozialdemokratie erst recht gewonnenes Spiel. Das ist so klar, daß wir es hier nicht erst auszuführen brauchen.

Kurzum, die Sozialdemokratie kann bei einem Sieg der Opposition nur gewinnen.

Das ist nach unserer Ansicht genug, um sozialistischerseits alles zu vermeiden, was über den notwendigen Kampf mit der Opposition hinausgeht. Treten die Genossen so scharf als sie es für nötig halten, gegen Zentrum und deutschen Freisinn auf, aber unterlassen sie in dieser Bekämpfung alles, was dem ändern, nicht minderen, aber mächtigerem Feinde nützt. Es ist das nicht immer leicht, aber es kann in dieser Hinsicht schon dadurch viel erzielt werden, daß der Kampf rein prinzipiell geführt wird. Uns trennt so viel von dem bürgerlichen Liberalismus und der katholischen Partei, daß die Betonung dieser Gegensätze, der Nachweis der wirtschaft- lichen und politischen Unzulänglichkeit dieser Parteien, die Kritik ihres bisherigen Verhaltens genügt, den Wählern dar- zulegen, daß wenn sie die politische und soziale Befreiung des Volkes wollen, sie dem Sozialdemokrat ihre Stimme geben müssen. Was darüber hinausgeht, persönliche Ver- dächtigungen zc. schadet oft mehr als es nützt, treibt manchen ins feindliche Lager, der sonst zu gewinnen wäre.

Die frühe Ausschreibung der Wahlen zeigt, daß Bismarck sehr gern das rothe Gespenst in dem Wahlkampf spielen lassen möchte, um eine ordnungsparteiliche Mehrheit zusammen- zubringen. Bereiten wir dieses Manöver nach Kräften. Halten wir das rothe Banner hoch, aber lassen wir uns nicht als Daghunde wider diejenigen brauchen, die als Masse zwar unsre Gegner sind, von denen aber noch sehr viele für uns gewonnen werden können, und gewonnen werden müssen, soll unser großes Ziel, die freie sozialistische Gesellschaft, zur Wahrheit werden.

### Sozialpolitische Rundschau.

London, 15. Januar 1890.

Das sozialdemokratische Zentralwahlkomitee erläßt in deutschen Blättern folgenden Aufruf:

#### Parteigenossen!

Wie Euch allen bekannt, ist der 20. Februar als Wahltag für die allgemeinen Wahlen angefaßt.

Nach § 8 des Wahlgesezes für den Reichstag sind spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage die Wählerlisten zu febermanns Emsicht anzulegen, und zwar für die Dauer von 8 Tagen.

Da bei der Eile, womit dieses Mal wieder die Wählerlisten hergestellt werden müssen, sie voransichtlich sehr Mähenhaft sein werden, und unter dieser Mähenhaftigkeit erfahrungsmäßig am meisten die Wähler aus der Arbeiterklasse leiden, so ist die Organisation der Massenburchsicht der Wählerlisten Eure nächste und dringendste Aufgabe.

Wir empfehlen also, daß überall diese Organisation der Massenburchsicht der Wählerlisten in der Art vorgenommen wird, daß in jeder Werkstatt, in jeder Fabrik je nach Bedarf Vertrauensmänner ernannt werden, welche alphabetisch geordnete Verzeichnisse der Wähler (Vor- und Zunamen und Wohnung) anfertigen und an der Hand dieser Verzeichnisse die offiziellen Wählerlisten durchsehen.

Weiter empfehlen wir, daß die Wahlkomites sich überall an die Orts- behörden wenden und diese ersuchen, die Wählerlisten auch während eines vollen Sonntag auszuliegen.

Die gewissenhafte und allseitige Befolgung dieser unserer Vorschläge kann uns leicht hier und da einen Wahlsieg sichern.

Also frühzeitig an's Werk!

Sämmtliche Wahlkomites werden ersucht, die Adressen ihrer Vor- sitzenden an Bebel, Dresden-Plauen, gelangen zu lassen.

Berlin, den 11. Januar 1890.

Das Zentral-Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei.

Bebel, Grillenberger, Liebknecht, Reiser, Singer.

Nach einer inzwischen erfolgten Bekanntmachung ist als Tag für die Auslegung der Wählerlisten in Preußen der

23. Januar

festgesetzt.

— Daß es ohne irgend einen Trick und Kniff mit obligatem Genickschlags-Hintergedanken nicht abgehen würde, das mußten wir von vornherein, und so hat die Ankündigung, daß die Neuwahl genau an dem Tag stattfinden soll, wo das Mandat des jetzigen Reichstags abläuft, uns durchaus nicht überrascht! Wir sagten uns nur: „Wo das war die Lücke!“ In Ermangelung besseren Futteres frist der Teufel bekanntlich fliegen, und wenn der Schnapsjunfer Bismarck seinen Bonlangier mit riesig aufgeblähtem Kriegswanwan haben kann, dann begnügt er sich mit dem erhofften bescheidenen Vortheil, daß die Oppositionsparteien entweder dem Reichstag auf Kosten der Wabagitation oder der Wabagitation auf Kosten des Reichstags, in welchem gerade jetzt die wichtigsten und der Regierung unangenehmsten Debatten bevorstehen, ihre Hauptkraft widmen müssen.

Jedoch — selbst das Kleine und Kleinliche will nicht mehr gelingen. Man merkt die Absicht — laßt und verachtet und — verteilt den hübschen Plan.

Was insbesondere die Sozialdemokraten angeht, deren Eingreifen in den Debatten über das neue Sozialistengesetz vor Allen gesündigt wird, so sind sie so gut vorbereitet, daß sie die Arbeiten des Reichstags und der Wabagitation zusammengenommen spielend bewältigen können. Und auch die Fortschrittler und das Zentrum werden sich durch das zeitliche Zusammenfallen des Wahlstages und der parlamentarischen Schlußkampagne nicht sehr beirren lassen.

Unter den Sozialdemokraten wurde die Nachricht, daß die Ent- scheidungschlacht schon so halb stattfinden soll, mit dem Jubel einer launhaftigen Truppe begrüßt, die lange Zeit im Kugelhregen Gewehr beim Fuß gestanden hat und endlich das Signal zum Losziehen erhält. Kan da auf! Das ist der einzige Gedanke, der gedacht, das einzige

\*) Ob Bismarck der „erste Staatsmann der Welt“ ist, wie er sich gern titulieren läßt, darüber kann man sehr verschiedener Meinung sein. Niemand kann ihm aber beistimmen, daß er der erste Bourgeois unter den Staatsmännern ist.

Gefühl, das empfunden wird. Und es wird täglich drangefahren. Der zurückgehaltene Grimm von Jahren, schreibt man uns, die ganze aufgeregte Empörung ob des erlittenen Unrechts und der herrschenden Niedertracht bricht mit Elementargewalt los und die Feinde sollen des Tages der Abrechnung sich nicht freuen!

Die Krone ist in vollständiger Kriegsbereitschaft, die Mobilmachung war fertig im Moment, wo der Wahltag bekannt wurde — und die Streitkräfte sind schon für die Schlacht aufgestellt und geordnet. Jeder hat seinen Posten, jeder weiß, was er zu thun hat, und — der 20. Februar 1890 muß für die Partei des Proletariats wieder ein Tag des Sieges werden.

Wir sagen wieder, denn trotz alledem und alledem war auch der 21. Februar 1887 für sie ein Tag des Sieges. Für sie als einzige unter den Oppositionsparteien. Denn die Eroberung einer Viertelmillion Stimmen wog hundertfach den Verlust eines Tausends von Mandaten auf.

Diesmal ist aber gegründete Aussicht vorhanden, daß der Sieg noch durchschlagender wird, und daß die Kartellparteien, oder sogar wir richtiger: die Regierungsparteien mitläufig der Regierung eine vernünftige Niederlage erleiden werden. Die Unzufriedenheit ist in die weitesten Kreise gedrungen, die Ständen und Verbänden des modernen Handwerkerthums, das sich des Staatsraders bemächtigt hat, um das Volk zu laubeln und auszuplündern, sind den Massen offenbar geworden, und ohne sanguinisch zu sein, dürfen wir erwarten, daß der 20. Februar 1890 die Schmach des 21. Februar 1887 auslöschen, und für die Urheber jenes gigantischen Völkermordes der Tag des Gerichts sein wird.

### Internationale Solidarität. Aus Gent wird uns geschrieben:

„Daß die Sozialisten Gents den Antrag der sozialdemokratischen Reichsföderation zu den bevorstehenden Wahlen nicht angehört verhalten lassen würden, war für Jeden klar, der da weiß, wie eifrig die Genter Genossen in der Betheiligung ihrer Ueberzeugung sind, und wie sympathisch sie ihren deutschen Brüdern gegenüberstehen. Ungeachtet der großen Opfer, die sie anpersönlich für die freilebenden Arbeiter in den waldreichen Distrikten zu bringen haben, haben sie doch nicht darauf verzichtet wollen, ihre internationale Zusammengehörigkeit zu betonen. Es wurde ein großes Fest im Hippodrom arrangiert, auf dem Genosse Kusele eine Rede über den zehnjährigen Bestand des Schandgesetzes und seine Opfer hielt, die tiefen Eindruck machte.“

Dieses Fest hat nach Abzug aller Kosten einen Ueberschuß von 400 Franken, 67 Centimes abgeworfen, die zur Weiterbeförderung an den Wahlfonds der deutschen Sozialdemokratie dem „Sozialdemokrat“ überhandt worden sind. Auch Antwerpen und Brüssel wollen das antereuropäische Beispiel Gents nachahmen.“

Dies die Zukunft. Indem wir betätigen, daß die obige Summe bei uns eingetroffen, rufen wir unsern den wackern Freunden in Gent ein aufrichtiges Bravo! zu.

— Wo ist die Partei, die den Meineid verherrlicht? Wo sind die moralisch vertanen Subjekte, die den Meineidigen in ihrer Mitte dulden, ihm die Hand drücken, ihn mit Ehren anzusehen? An den Bronger mit ihnen, damit jeder anständige Mensch sich mit Götzel von ihnen abwende!

In der „Thüringer Tribune“ vom 19. Dezember lesen wir: „Böhme u. a. Auf der Anklagebank des hiesigen Schöffengerichts nahm am 13. Dezember morgens 9 Uhr der Richter und Baudier Paul Seige von hier Platz. Derselbe war der Beamtenbeleidigung angeklagt. In der Nacht vom 11. Sept. d. J. hatte der Angeklagte vor der hiesigen Polizeiwache den Nachwächtern die Worte zugerufen: „Seid Ihr alle da? Nun seht bloß noch Euer meineidiger Wächmeister! Ein Wächmeister, der falsch geschworen hat, kann nicht mehr Wächmeister sein!“ Auf Grund dieser Äußerung hatte die Staatsanwaltschaft zu Rudolstadt das Strafverfahren gegen genannten Seige eingeleitet und auf Grund des G. V. G. die Sache dem Herzogl. Schöffengericht zu Weimar überwiefen. Die Anklage vertrat der Amtsanwalt, Bürgermeister I., Heyer. Die Verteidigung lag in den Händen des Rechtsanwalts Heigl aus Bamberg, Vertreter der Professoren, Spangier, Sänge und der Bizewachtmeister Koch am 8. Januar 1883 in der Strafsache gegen den Delinquenten und Weichselhüter Ferdinand Höfner und Genossen wegen Ueberfalls gegen die Staatsgewalt und Beamtenbeleidigung wissenschaftlich falsch geschworen, so wurde Seige von der Anklage der verläumdlichen Beleidigung freigesprochen, wegen Verlegung der Form und wegen der öffentlichen Beleidigung jedoch zu 6 Mark Geldstrafe ev. 2 Tagen Haft und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt. Von Rechts wegen. Die Staatsanwaltschaft hatte 30 Mark Geldstrafe beantragt. Der Verteidiger legte in längerer zu Herzen sprechender Rede dar, daß der Angeklagte zu diesem Schritte gedrängt worden wäre, bieweil die Staats- und Oberstaatsanwaltschaft sich abweisende Bescheide betr. der Strafverfolgung des genannten S. zum Theil in scharfer Form ertheilt und das Bewußtsein der Wahrheit im Herzen des Angeklagten

seife Wurzel gefaßt habe und daß er der Stadt Weimar einen Dienst erwiese, wenn er auch erst nach Jahre der Wahrheit zum Siege verheißt. Was die Verlegung der Form anbelange, so lege kein Verlegen der Anklage in den Worten. Meineid sei erwiesen und somit dem Jura der Charakter der Beleidigung genommen. Was die Öffentlichkeit der Beleidigung anbelange, so habe der Angeklagte dies thun müssen, wenn er verlegt sein wollte, um ein Unrecht zu sühnen, und beantrage er Freisprechung und Uebernahme der sämtlichen Kosten, auch die Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse. Der Gerichtshof erkannte wie oben. Die Verhandlung währte drei Stunden und vermochte der Schöffengerichtssaal mehr Menschen nicht zu fassen. Seige ist verurtheilt, die beiden andern sind gerichtet!“

Jawohl, sie sind gerichtet, aber mit ihnen die Staatsanwaltschaft und Oberstaatsanwaltschaft, die durch Ablehnung der Verlegung sich zu Mißthunigen, zu Weichseln der Meineidspolizisten gemacht. Sie sind gerichtet, aber mit ihnen ihre Vorgesetzten, die von ihrem Meineid wußten, und sie jahrelang in Amt und Würden, als Vertreter des Gesetzes einherlaufen ließen.

Sie sind gerichtet, die Wächter des Gesetzes und der Moral, die Staatsbehörden, die melniedigen Scharren jahrelang die Hand brühten und sie Ehrenstellungen einnehmen, Ehrenämter bekleiden ließen. Staatsbehörden, Wächter des Rechts und Gesetzes, bedecken den Meineid, und nur dadurch konnte er festgesetzt werden, daß ein Sozialdemokrat seine eigene Haut dabei zu Markte trug. Unter der erdrückenden Macht des Beweises für die Richtigkeit seiner Behauptung hat das Gericht ihn nur der Form nach verurtheilt, aber doch trifft die Verurtheilung ihn schwer — er hat die Kosten des Prozesses zu tragen.

Und die Meineidspolizisten? Am 13. Dezember ward vom Gericht anerkannt, daß sie wissenschaftlich falsch geschworen, die Staatsbehörde war gezwungen, sie vom Amt zu suspendiren, aber noch am 10. Januar ließen sie in Weimar in der Uniform frei herum. Richter, ihr Binoffs, Richter, ihr Anklager der Sozialdemokratie, und dann mocht es noch einmal, uns vorzuwerfen, wir seien es, die den Meineid verherrlichen!

### Folgende sehr treffende Notiz entnehmen wir der Wiener „Arbeiter-Zeitung“:

„Eine „opfermüthige“ Partei nennt der Berliner Korrespondent der „Deutschen Zeit.“ die Nationalliberalen. Er nennt sie so, weil sie bereit sind, auch diesmal das Sozialengesetz zu bewilligen, wenn auch unter allerlei Faren und liberalisirenden Kapriolen. Der erwähnte Korrespondent ist Herr Karl Pröhl, ein Schriftsteller von Ruf, jedenfalls ein Mann, der Lesen und Schreiben kann, kein Analphabet wie die Mehrzahl der Untertanen. Wir erwähnen das ausdrücklich. Und nun sehe man zu, wie weit die tiefe Klaut schon gähnt zwischen Herren und Anrchten, zwischen den Unterdrückten und den Unterdrückten. Der Eine versteht nicht mehr die Sprache des Andern; sie ist ihm so fremd, als redete er deutsch.“

„Opfermüthig“ nennen wir Männer, die sich opfern, die ihre eigenen Interessen, wenn es sein muß, ihre Heimath, ja ihr eigenes Leben hingeben, um ihrer Ueberzeugung, um ihres Gewissens willen, „opfermüthig“ nennen wir die deutschen Sozialdemokraten, die sich wehren, wie Männer.

„Opfermüthig“ nennen sie Leute, welche ihre eigene Ueberzeugung, ihr Gewissen verleugnen, welche Andere opfern, welche gegen ihre eigene Ueberzeugung mithelfen, Andere in den Kerker zu werfen, Andere auszuweisen und in die Fremde zu laden, Andere ihre bürgerlichen Rechte zu veräußern, und das Alles dem Kaiser und Kanzler zu Liebe, um die Macht mit ihnen zu theilen und die goldenen Früchte, welche sie einträgt. „Opfermüthig“ nennen sie die deutschen Nationalliberalen, welche über den Stod springen, wie abgerichtete Pudel.“

Nein, wir verstehen einander nicht mehr. Nicht einmal die Sprache ist uns noch gemeinsam. Zwischen uns sind alle Bande zerrissen, und Nichts mehr gilt als der Kampf, der entscheiden soll zwischen Opfermüth und Hündengehinnung.

„Eine würdige Neujahrseier. Aus Berlin schreibt man uns: Wer sie einmal gesehen, diese nach Tausenden zählende Menschenmenge, die sich in der Solbsteirnacht in der Haupt- und Residenzstadt des deutschen Reiches, und zwar „Unter den Linden“, hin- und her wälzte, oder wie sie stundenlang nach den Fenstern des Schlosses blickten, die hell erleuchtete davon Zeugnis ablegten, daß dahinter „Er“ und „Sie“ und die ganze Gesellschaft sich gegenseitig anerkennen oder anerkennen, der müßte sich unwillkürlich fragen: Ist dies dasselbe Berlin mit seiner so intelligenten Arbeiterkraft, die sonst so reger und tapfer schaffte in der Agitation zu Gunsten der Menschenrechte? Ein flüchtiger Blick belehrte ihn jedoch, daß diese Arbeiter hier nicht zu finden waren, daß sie jene Stätten der Gemeinheit meiden — und auch hierin sind die Berliner Arbeiter konsequent. Wohin wir sehen, wohin wir auch schauen möchten, immer kam uns der behändschulte Gock oder die tief im weißen Schleier gehüllte „Dame“ entgegen, und Arm in Arm durchwandelte die „gute Gesellschaft“ die Straße unter den Linden. Man höre nur: „So mochte es 12 Uhr geworden sein, in dichten geschlossenen Massen drängten sich die ungeheuren Menschenmassen in den freigegebenen Theilen der Friedrichs- und Leipzigerstraße heulend, brüllend, lachend,

Proßt Neujahr rufend und nach den Linden vorwärts drängend. Ueberall, wo sich Personen mit Hünderhüten sehen ließen, wurden dieselben den Bestyrern „Kunstgerecht“ eingetrichtert, und selbst die Schuhmannschaft war kaum im Stande, die unglücklichen Besitzer derartiger Kopfbedeckungen zu schützen.“

„Leider“, bemerkt die „Freisinnige Zeitung“, der wir diese Notiz entnehmen, bestand das skandalisirende Publikum zum größten Theil aus Angehörigen gebildeter Stände, während die Kowbies und Stroiche, die bis zum vorigen Jahre unter den Linden in der Neujahrnacht Unfug getrieben, Dank der scharfen polizeilichen Maßregeln, so gut wie gar nicht in den feigsthableren Stadttheilen zu sehen waren, dagegen in den Vorstädten ihr Unwesen trieben. In der Friedrichstraße kam es häufig zu Renkontres mit der Polizei, welche zum großen Theil durch Personen provoziert wurden, welche allen möglichen Unfug trieben und daraufhin verhaftet wurden.“

Nicht wahr, lieber Leser, ein anheimelndes Bild von den „feinen Sitten“ der „guten Gesellschaft“? Sie ist es, die weder Recht noch Gesetz achtet, wenn es gilt, einmal ihre auf der Universität gelernten „Studentenstreiche“ für Geltung zu bringen.

Während sich dies auf den Straßen zutrug, begrüßten sich am andern Morgen die Kaiser und Könige, Fürsten und Minister telegraphisch mit der Versicherung, daß 1890 Alles im Frieden bleiben werde. Der Dreikönig sei die Bürgschaft des Friedens, und Handel und Wandel sollen blühen. Die Völker werden nicht geklagt denn was versteht die Kanaille von Politik, die hat zu gehorchen, wenn es die Fürsten wollen; zu kommen und sich erküthen zu lassen. Und eine speichelleckrige Rasse sieht diesem Treiben mit Borne zu, und ist begeistert, entzückt von der Güte und der Brachtliche ihrer Herrscher, allen voran des Reichskönigs Wilhelm II. Da hatten — man muß es lesen, um es zu glauben — „zum Neujahrsempfange Mannschaften der Garde du Corps in ihren rothen Sammeten und die Krongardisten der Schloßgarde-Kompanie Aufstellung genommen. An den Thüren standen Ehrenposten der Garde du Corps und dem Throne gegenüber die Schloßgarde-Kompanie in zwei Gliedern zu 20 Reihen. Als das Kaiserpaar den weißen Saal betrat, erlöste das Kommando des Kommandeurs der Schloßgarde-Kompanie, Oberlieutenant v. Lippe: „Gewehr auf — Achtung! Präsentirt das Gewehr!“ — Zum ersten Mal trugen in diesen Klängen die Offiziere der Schloßgarde-Kompanie die neue Uniform, zum ersten Mal senkten sich die Sponsoren, und salutirten die Offiziere durch Entblößen des Hauptes von dem Dreimaster! Zum ersten Mal führte die Kompanie den neuen Griff „Präsentirt das Gewehr“ mit Seinwärtsstellen des linken Beines unter präsentirtem Gewehr aus. — Und zum Hunderten, tausendsten Male wird die Gesellschaft, der alles Streben nach idealen Zielen abhanden gekommen, begierig den allerhöchsten Speichel lecken — wenn „Er“ es will. Fürwahr, die Geschichtschreiber haben „Kaffisches“ Material.

### Exempla docent. Aus Deutsch: ein Reichsgericht macht viele „Gefesekünstler. Aus Hannover wird der „Frist Tag.“ geschrieben:

„Für sinnige Staatsanwälte ist der § 110 des deutschen Strafgesetzbuchs eine sehr schätzbare Fundgrube. Noch bevor das Reichsgericht dem Paragrafen eine neue Auslegung in Bezug auf die Aufforderung zum Kontrahiren gegeben hat, machte die Göttinger Staatsanwaltschaft den Versuch, bei einer Kommunalwahl in Northeim die „Göttinger-Nebenhäger Zeitung“ strafrechtlich zu verfolgen, weil sie zur Wahlenthaltung aufgefordert hatte. Nach der hannoverschen Städteordnung sei jeder Bürger zur Wahl verpflichtet, folglich sei eine Aufforderung zur Wahlenthaltung eine Aufforderung zum strafbaren Ungehoren gegen die Gesetze. Beim Gericht scheint indessen der Staatsanwalt mit dieser Auslegung nicht durchgedrungen zu sein, denn am Neujahrstag wurde den Beschuldigten mitgetheilt, daß das eingeleitete Strafverfahren gegen sie eingestellt worden.“

Nun, noch gibt es ein Reichsgericht, und wenn der sinnige Staatsanwalt weiter geht, — wer weiß, ob er nicht in Leipzig Recht behält. Also nur zu mit dem Refuse. Schaden kann es ja auf keinen Fall, denn für die Kosten sind die Steuerzahler da.

— Die Reichs-Beschwerdekommision — mit ihrem wahren Namen die Reichsgalgenkommission — hat, wie bereits gemeldet, in den letzten Wochen eine Anzahl auffallend liberaler Entscheidungen getroffen und fast ein Tausend polizeilicher Verbote aufgehoben.

„Wenn wahre Freunde anständig sind“, schreibt uns ein Freund, „dann hat ihr Gebahren immer „den Schalk hinter ihm“. Der Schalk will in diesem Falle, daß die Krallen des Sozialistengesetzes nicht gefehert werden. Die „milde Praxis“ soll die Durchsetzung des verurteilten Schandgesetzes erleichtern — ist es unter Dach und Fach, dann folgt wieder die „scharfere“ Praxis. Milde Willkür, scharfe Willkür — immer Willkür.“

— Zur größeren Sicherheit des Berliner Schlosses beziehen, so beruhen deutsche Wäuter. Seit dem 1. des neuen Jahres die Schloßwache täglich anhaft freier 1 Lieutenant mit 22 Mann legt 1 Hauptmann, 2 Lieutenants, 6 Unteroffiziere, 4 Spielleute und 80 Gemeine.“

Fürchtet Wilhelm, er könne seinem getreuen Volk ge h o l e n werden?

## Feuilleton.

### Bücherchau sozialistischer Dichtwerke.

I.

Es ist uns von befreundeter Seite längst die Frage vorgelegt worden, warum der „Sozialdemokrat“ der neueren sozialistischen Poetie so geringe Beachtung schenke, und dabei die Vermuthung ausgedrückt worden, daß dies vielleicht grundfänglich geschehe. Das Letztere ist nun keineswegs der Fall — wir verfolgen vielmehr auch diese Seite der großen Kulturbewegung des Sozialismus mit großem Interesse, und sind weit entfernt, ihre Bedeutung zu unterschätzen. Wenn wir bisher im „Sozialdemokrat“ wenig davon gesprochen, so geschah dies aus Gründen die mit der Sache selbst wenig zu thun hatten. Jedenfalls sind sie nicht solcher Natur, daß sie uns abhalten könnten, das Verkaupte nachzuholen.

Im Begriff, dies zu thun, wollen wir zunächst einer Gedichtsammlung gedenken, die zu besprechen wir so mehr unsre Pflicht war, als dieselbe schon vor einigen Jahren in dritter Auflage erschienen ist. Wir meinen das Buch: „Es werde Licht“, Poesien von Leopold Jacoby.

Ein Werk, das in zwei Auflagen vergriffen ist, das auf dem langen Jander der auf Grund des Sozialistengesetzes verbotenen Druckchriften zuerst figurirte, bedarf das Ueberdram noch einer Empfehlung? Eigentlich kann. Und doch glauben wir, hier noch einmal darauf hinzuweisen zu sollen. Denn wenn auch Leopold Jacoby heute als Dichter bereits einen Namen besitzt, wenn auch seine Poesien Würdigung und Anerkennung gefunden haben, so müssen wir doch hinzusetzen, daß sie immer noch nicht genug gewürdigt werden. „Es werde Licht“ ist ein Buch, das keinem Arbeiter unbekannt sein sollte. Leopold Jacoby ist kein Dichter, der nach Stoffen sucht, um zu reimen oder sich in metrischer Form auszudrücken, sondern die metrische Form ist bei ihm wirklich nur das Mittel, seine Gedanken in eindringlicher Form wiederzugeben. Da ist nichts Ueberflüssiges, nichts Gemachtes — Gedanke reißt sich an Gewand. Alle ist uns das klar geworden, als da wir es verstanden, Druckstücke auszuwählen, die mit den Lesern des „Sozialdemokrat“ als Proben der Jacoby'schen Poetie vorzuführen gedachten. Alles ist da aus einem Guß. Es läßt sich nichts in „Stücken“ geben, wir mußten ein Ganzes Stück herausgreifen. So hören man denn folgende Stelle aus dem „Hohelied auf die deutsche Sprache“:

Das Alte ist vergangen,  
Und es ist Alles neu geworden.  
Die Schönheit, auf Unrecht aufgebaut, ist keine Schönheit!  
Es ist ein häßlicher Flecken an ihr,

Der sie zu Grunde richtet.  
Denn ist die Schönheit Griechenlands untergegangen,  
Denn sie war gebaut auf Sklaverei.  
Die Schönheit, die wir aufrichten wollen,  
Soll gebaut sein auf Menschenliebe,  
Und darum wird sie leben bleiben.

Viele sollen nicht treu sein Einem,  
Aber Einer soll treu sein Vielen.  
Viele sollen nicht dankbar sein Einem,  
Aber Einer soll dankbar sein Vielen.  
Jeder, der gepunkt ist,

Soll auf keine gekauften Brüder sehen,  
Daß er ihnen helfe,  
So wird Einer treu sein Vielen.  
Jeder, der minder gepunkt ist,  
Soll auf keine Brüder sehen, die mehr gepunkt sind,  
Daß er ihnen helfe,  
So wird Einer dankbar sein Vielen.

Alles, was den Menschen niedrig macht,  
Ist in der Treue gegen Einen;  
Alles, was den Menschen hoch erhebt,  
Ist in der Treue gegen Viele.  
Wer Vielen treu ist,  
Der muß frei werden;  
Wer Einem treu ist, der muß ein Sklave sein  
Und er wird es bleiben.

### Und ihr sollt vorwärts dankbar sein.

Jeder Erwachsene soll den Andern dankbar sein.  
Der Lehrer soll den Schülern dankbar sein.  
Der Gegenwärtige soll den Kommenden dankbar sein.  
Durch den Dank nach rückwärts ist die Arndtschaft gekommen,  
Durch den Dank nach vorwärts  
Müssen die Sklaven freie Menschen werden  
Und muß alles Elend ein Ende haben.  
Ihr sollt nicht Märchen für Wahrheit halten.

Denn wenn ihr das thut,  
So mordet ihr euch selbst  
Und mordet eure Kinder.

Siehe auf, du Sprache, und gehe dorthin,  
Wo der Jammer wohnet,

Wo das Elend zu Tische sitzt,  
Und der Hunger in den Eingeweiden wühlt.  
Wen du dort findest wirft,  
Mache seinen zerklüfteten Arm stark  
Und seinen schwachen Mund heile.  
Läß nicht ab von ihm,  
Wenn er sich hinklegt vom Elend  
Und wenn er aufsteht zum Elend.  
Trugmüde, müde, rauche ihn zu:  
Du willst dich nicht treten lassen.  
Du sollst dich nicht unterdrücken lassen.  
Du sollst den Sklavenstimme von dir thun.  
Du sollst die Arndtschaft von dir thun.  
Du sollst dich nicht blüthen vor einem lebendigen Menschen,

Denn er ist nicht mehr als du.  
Wirst du dies befolgen,  
So wird das Elend abfallen von dir,  
Wie ein Neß von der Erde schwindet,  
Wenn das Frühlicht kommt  
Und die Sonne am Himmel pranget.

Denn weil du dich treten läßt,  
Darum heulst du.  
Weil du dich unterdrücken läßt,  
Darum bist du elend.

Und weil du dich ansaugen läßt,  
Darum mußt du Hunger leiden.  
Wer aber seinen Nebenmenschen zwingt,  
Weniger zu wissen als er selber weiß,  
Der unterdrückt seinen Bruder,  
Der tritt auf ihn  
Und der saugt ihn aus.

Und wer seinen Nebenmenschen zwingt,  
Mehr zu arbeiten, als er selber arbeitet,  
Wer unterdrückt seinen Bruder,  
Der tritt auf ihn  
Und der saugt ihn aus.

Und du Sprache,  
Nimm eine Leuchte in deine Hand  
Und gehe dorthin, wo es finster ist,  
Wo es ganz finster ist.

—w. Berlin. Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant. Die hierige antisozialistische, staatsbürgerliche, deren Redakteur, Dr. Bachler, die Strafe, die er sich durch verläumdende Beschuldigung des Genossen Singer zugezogen, im Gnadenwege, — wie diese politische Demagogie in bombastischer Redeform — erlassen worden ist, scheint sich jetzt darüber zu verwundern zu müssen.

In ihrer Nr. 303 sagt sie in einem Leitartikel über die Arbeiterbewegung, nachdem sie vorher ausdrücklich voraussetzungslos ist, daß Wilhelm I. auf sozialem Gebiete praktisch mehr gethan hätte, als das ganze sozialdemokratische Hyänengeschlecht von Singer bis Belol anwärt, daß die Agitation zu Gunsten des internationalen Feindes, das Geschäfte eines Triumpfes über die eigenen Mitbürger, und der Verherrlichung des sozialen Krieges an sich trägt und daß endlich mit solchen Demonstrationen gewöhnlich Anfälle und Kundgebungen vereinigt sind, welche nur zu leicht zu schlimmen Exzessen führen oder deren Vorläufer waren. — Nun, in einem Lande, in welchem das Staatsoberhaupt zu Gunsten ihm geheimer Zwecke die Beschlüsse der Gerichte mit Füßen tritt, soll es nicht Wunder nehmen, wenn auf odigen Wink hin alle Kundgebungen am 1. Mai verboten werden. Denn „eine Liebe ist der andere werth“.

Von öffentlichen Aufzügen wollen übrigens die deutschen Arbeiter — weil diese doch nicht genehmigt werden — von selbst absehen, aber überall sollen am 1. Mai öffentliche Volksversammlungen stattfinden, in welchen Stellung zu Gunsten der Verkürzung der Arbeitszeit genommen werden soll. Wir werden ja sehen, wie weit die Regierung unseres Wilhelm dem Wunsche der „Staatsbürger- und -Zeitung“ nachkommt. Wie indess der Entschluß fallen mag, die freiständige aufschwungende Arbeiterbewegung wird keineswegs abgeschwächt, und die Gegner wissen dies, deshalb der Ruf nach mehr Polizei, Soldaten, Pulver und Blei! — Armes Volk, das so „regiert“ wird!

— An die Möglichkeit einer Auflösung des Reichstages wird jetzt ziemlich allgemein geglaubt. Die Nationalliberalen — so heißt man — werden sich bei der Abstimmung über das Sozialistengesetz spalten; die Ausweisung wird abgelehnt, die Auflösung erfolgt, und im Wahlkampf behaupten dann die Nationalliberalen, nur ein Theil von ihnen habe die Regierung bei ihrem heiligen Gesellschaftsvertrage im Stich gelassen. Auf diese Weise werde ein Konflikt der Mannesfeindpartei mit dem Kaiserthum von Friedrichsruh vermieden und der fatalen Prozedur des Anklambedrückens fürstlich vorgebeugt.

Wir wollen die unantastbare und überliche Rolle der politischen Wetterpropheten nicht spielen; auch das Widerrüchigste ist heutzutage möglich, wo die Laune großherzoglicher Individuen Geseh ist.

Was da kommen möge, wir sind vorbereitet, und die deutsche Sozialdemokratie wird in dieses Netz der Intriguen, der Gemeinheit und der Korruption hineinwachsen, daß es schreit.

Wir haben den Feind vor uns — da gibt es nur Einen Gedanken, nur Ein Gefühl: Drauf!

Johannes Wedde f. In dem Augenblick, da unser Blatt in die Presse geht, trifft eine betrübende Nachricht ein. Johannes Wedde, einer der besten Schriftsteller, über welche unsere Partei verfügte, und als Dichter ebenso formgewandt wie originell, ist in Lübeck, wohin er sich nach seiner Ausweisung aus Hamburg gewendet, plötzlich im besten Mannesalter gestorben. In dem Augenblick, wo alle Aussicht vorhanden war, diesen geistreichen Mann als Vertreter unserer Partei im Reichstag zu sehen — bisher hatte er alle ihm angedeuteten Mandate ausgeschlagen — verliert ihn der Tod aus unserer Mitte hinweg. Das ist ein herber Schlag für die Partei, und namentlich die Genossen des Nordens, denen Wedde so nahe stand, werden ihn schmerzlich empfinden.

Wedde gehörte seit langen Jahren mit vollem Verze der Sozialdemokratie an; wenigstens er erst in den letzten zehn Jahren an die Öffentlichkeit getreten ist. Den Lesern der älteren Parteipartien ist er unter dem Namen Silvianus bekannt. Johannes Wedde war ein persönlicher Freund unseres unvergesslichen August Geib. Als die Hamburger Gerichtszeitung verboten worden war und alle als schriftstellerisch thätig bekannten Genossen aus Hamburg ausgewiesen wurden, trat er in die Presse ein und gründete die „Hamburger Bürgerzeitung“, die bald zu großer Blüthe gelangte. Aber die Hamburger Arbeiter sollten kein selbständiges politisches Blatt haben. Wegen eines Artikels „Gewalt ist kein Heilmittel“ wurde sie auf Grund des Gesetzes gegen die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie verboten, und gleichzeitig Wedde aus Hamburg ausgewiesen. Er hebte nach Lübeck über, von wo aus er das „Hamburger Echo“ herausgab. Nun hat ihn ein plötzlicher Tod seinem Wirkungskreis entzogen. Die Partei verliert einen begabten charaktervollen Kämpfer. Ehre seinem Andenken!

— Der Boykott! der Boykott! Herr von und Mohr Hammerstein, Redakteur der „Kreuzzeitung“ hat sich wieder einmal das allerhöchste Mißfallen seines allergnädigsten Königs zugezogen. Der Herr versteht die Interessen der „Ohlen aus Prinzip“ — wie sich sein ungleich begabter Vorgänger, der verstorbene Geheimrath Wagner, ausdrücken liebt — nämlich der allpreussische Junker, und hat dabei die Dummheit begangen, jetzt, vor den Wahlen, wo es doch gilt, dem

großen Vögel Volk Sand in die Augen zu streuen, sich mit dem Wohlwollen zu brüsten, das der Kaiser seinem Volk und seiner Partei zolle. Dieses ungetreue „Grühen unter den Linden“, das nur geeignet ist, die Wähler noch mehr forschlich zu machen als sie es ohnehin sind, ist, wie die Berliner Politischen Nachrichten“ offiziös schreiben, „zur Kenntniß Seiner Majestät gelangt“ und hat — Leser, delecter! — die Kaiserin auf dem Wort — „Allerhöchsten Befehl“ erlassen. Seine Majestät der Kaiserin, heißt es weiter, „hat deshalb einen Befehl ergehen lassen, wonach die „Kreuzzeitung“ in den kaiserlichen Schlössern überhaupt nicht mehr aufliegen oder gehalten werden soll.“

Also ein Boykott, wie er im Buche steht. Ein Glück, daß er nicht in Chemnitz vor sich gegangen, sonst würde Wilhelm II. den Horn der dortigen Kreisamtmannschaft arg zu spüren bekommen. Verächtlichkeit für alle, ist die Parole. Jedenfalls bekommen unsere Genossen, die ihren Boykott zwar nicht gegen Blätter, die ihnen „mißfallen“, sondern nur gegen Wirthschaften richten, die sie als Bürger zweiter Klasse behandeln, wieder einmal vornehme Gesellschaft.

Sonst hat dieser Boykott nichts zu sagen. Sind die Wahlen erst vorüber und ist der liberale Stempel ins Garn des Kartells gegangen, dann „wird sich schon alles finden.“

Erdster der Nation schlägt sich und Edelster der Nation verträgt sich.

— Die armen Monarchen! Das Königsbüchlein in Spanien schwebt zwischen Leben und Sterben, und das Königtum, welches es vertritt, liegt angewickelt in den letzten Zügen. Der Kaiser von Oesterreich hat Weltkrieger und will abdanken; der Zar aller Reußen ist vor Angst halb irrsinnig, und die Kerze „berüchtern“, daß ihm demnächst die Zwangsjacke angelegt werden müsse — was ein großes Glück wäre für seine Völer — und der jüngste der Kaiser und Alten Freie ist von Reußen und den sonstigen Regierungsarbeiten so müde, daß er sich acht Tage Insulenz angeordnet, oder — um uns korrekt auszudrücken — zu sich befohlen hat. Die armen Könige und Kaiser! —

— Geschieht ihm ganz recht. Im Leipziger Freidenkerverein „Humboldt“ hatte ein Student der Philosophie, Namens May, zugelegt, einen Vortrag über die griechische Philosophie zu halten. Kaum hatte er aber damit begonnen, so wurde ihm seitens des Universitätsrichters die fernere Veranstaltung derartiger Vorträge strengstens verboten. Herr May hat sich beschwerdeführend an das sächsische Kultusministerium gewandt. Voransichtlich wird er wohl den Bescheid erhalten, daß der Universitätsrichter durchaus in seinem Rechte war. Was hat ein Student heutzutage mit Freidenkerei zu thun? Und was mögen in diesem Freidenkerverein für Leute sein? Junge Kaufleute, Handwerker, vielleicht gar — Arbeiter. Was ein rechter Student ist, der rümpft über diese „Anoten“ die Nase, aber ihnen Vorträge halten? und gar freidenkerische! Das ist eine Schande für die ganze Universität.

Herr May kann sich gratuliren, daß er nicht gleich relegirt wurde.

— Ein Boykott in dritter Instanz. Aus Magdeburg erhält die Berl. „Volkzeitung“ unterm 9. Januar folgende Mittheilung: „Boykott gegen Boykott. In einer öffentlichen Versammlung der Gastwirthe von Magdeburg, Wustau und Neustadt wurde einstimmig der Beschlutz gefaßt, die Vergabe der Säle zu Arbeiterversammlungen so lange zu verweigern, bis die Sozialkommission die über eine Anzahl von Gastwirthden verhängte Sperre aufgehoben haben wird. Von diesem Zeitpunkt würden sie, die Gastwirthe, ihre Räume den Arbeitern bedarfs Abhaltung von Versammlungen wieder zur Verfügung stellen, solche Versammlungen jedoch, die zur Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen dienen sollten, ausschließen.“

Da der Boykott der Arbeiter selbst nur eine Vertheidigungsmaßregel, eine Antwort auf den gegen sie gerichteten Boykott ist, so hätten wir hier einen Boykott in dritter Instanz. Und zwar zu dem edlen Zweck, den Herren Gastwirthden die Ehre zu erobern, Hansnächte der Ballen zu spielen. Nun, die Arbeiter werden den Herren die Antwort nicht schuldig bleiben und Maßregeln zu treffen wissen, diesen Ring zu sprengen. Sie verstehen sich auf Laßt. Noch vor der Reichstagswahl, auf die dieser selbstmüthige Beschlutz sicher gemünzt ist, werden die Magdeburger Gastwirthe auf einem andern Loch pfeifen.

— Auch der Humor fordert sein Recht. „Wenn wir das Jeng verstanden, was wir gegenwärtig Alles in Arbeiterblättern — es ist die deutsche Arbeiterpresse gemeint — zusammengekauft wird, so kommen wir wohl oder übel mitunter zu der Ueberzeugung, daß diese Schreiberleuten von der Lage der arbeitenden Klassen, soweit dieselbe nicht aus Wächern zu ersehen ist, gerade soviel verstehen, wie ein — foustiges Rhinoceros. Oder sollten es lauter Schuste sein?“

Also in Leten in der Neujahrsgewandlung der Moskischen „Freiheit.“ Ganz ist merkwürdig zum geworden. Warum nicht offen heraus sagen, daß Alle, die das „Jeng“ lauten, Rhinocerosse und Schuste sind?

— Oesterreich. Von dem Aufschwung, den die Arbeiterbewegung Oesterreichs nimmt, legt die Thatsache Zeugniß ab, daß auch in den südslavischen Distrikten neues Leben sich geltend macht. Aus Kroatien schreibt man der Wiener „Arbeiterzeitung“:

„Agram. Infolge der Theilnahmlosigkeit der hiesigen Arbeiterschaft, die dem hier erscheinenden Arbeiterblatte „Radnicki Glasnik“ fast in keiner Weise eine Unterstützung zu Theil werden ließ, war dasselbe gezwungen, im verflohenen Herbst sein Erscheinen einzustellen. Nach kurzer Zeit fanden sich jedoch wieder eine Anzahl entschlossener, überzeugungstreuer Genossen, welche in der rührigsten Weise thätig waren, um das Wiedererscheinen des bisher einzigen in kroatischen Sprache erscheinenden Arbeiterblattes zu ermöglichen. Ihre Bemühungen waren erfreulicher Weise von Erfolg gekrönt. Seit 1. Jänner erscheinert der „Radnicki Glasnik“ Organ der Gewerbe- und Arbeitervereine Kroatiens, jeden 1. und 15. des Monats wieder. Der Abonnementspreis für ein Jahr ist 1 fl. 20 kr. Schon vor dem Erscheinen hatte sich eine größere Zahl von Abonnenten gefunden und ist Hoffnung vorhanden, daß das Blatt nimmere lebensfähig sein wird.“

Auf Anregung einiger Genossen fand vor kurzem eine Besprechung einer größeren Zahl von Parteigenossen statt, bei welcher beschlossen wurde, in Agram für die Pünktigkeit eine Zusammenkunft von Vertretern der südslavischen Arbeiterschaft zu veranstalten.

Bei dieser Zusammenkunft soll eine „Südslavische sozialdemokratische Arbeiterpartei“ auf Grund des Hainfelder Programms gegründet werden; ebenso soll auch der „Radnicki Glasnik“ in ein Organ dieser neu geschaffenen Partei verwandelt werden. — Genanntes Blatt steht übrigens schon jetzt vollständig auf dem Boden des Hainfelder Programms und ist von seinem Wirten das Beste für die kroatischen Arbeiter zu erhoffen.“

— Das „Proletariat“, Organ der französischen Possibilisten, zieht in seiner neuesten Nummer mit großer Empfindung und sod, spricht von bewusster Unethlichkeit (mauvaise foi) etc., weil wir in unserem Bericht über die Thätigkeit der sozialistischen Gruppe in der französischen Kammer einen Gleichvorschlagn in Sachen der Händlungsarbeiten jener zugefrieben hätten, während die Paterschaft desselben den Possibilisten Dumay und Joffrin gebührt.

Wir haben unsere Zusammenstellung auf Grund der in französischen Arbeiterzeitungen erschienenen Berichte gemacht und dort hatte es auch bei dem betreffenden Gesetze nur geheißen, „von den Sozialisten in der Kammer ist beantragt worden.“ Wir mußten infolgedessen annehmen, daß die sozialistische Gruppe gemeint sei. Jemand ein Grund, ihr widerrechtlich das Verdienst eines Antrags zuzuschreiben, den andere eingebracht, lag für uns nicht vor.

Weil wir uns gerade mit den Possibilisten beschäftigen und das „Proletariat“ wieder mit der Redeart von der „Autonomie“ künftiger, die wir ihnen nicht gönnen, so wollen wir doch des neuerdings ausgebrochenen Konflikts zwischen der von den Possibilisten geleiteten Pariser Arbeitsbörse und dem Pariser Gemeinderath gedenken, weil er in vorerwählter Weise zeigt, wie die von den Possibilisten so pathetisch reklamierte „Autonomie“ in der Nähe anliegt.

Unsere Leser wissen von der Pariser Arbeitsbörse, die den Zweck hat, den organisirten Arbeitern Büreaus zur Arbeitsvermittlung etc. zu bieten. Diese Arbeitsbörse wird geleitet von einem Exekutiv Ausschuss, der selbst wieder gewählt wird von einem Generalkomitee, in das verschiedene Fachvereine, ohne Rücksicht auf ihre Stärke,

je einen Delegirten entsenden. Gegen diese letztere Bestimmung wehren sich seit Jahren verschiedene Organisationen, die über tausende von zahlenden Mitgliedern verfügen; dem Dank derselben werden in dem Generalkomitee alle Delegirte, die nicht mit den Possibilisten durch Dieb und Dumm gehen, von einer Mehrheit aus Delegirten kleiner Vereine, die vielfach nur ein Scheinchen führen, rückwärts überstimmt. So namentlich auch bei den Wahlen in den Exekutiv-Ausschuss; überall beschließt die künstlich geschaffene Mehrheit, was die Leitung der Possibilisten bestimmt. Und um dieses höchst undemokratische Gebahren zu beschönigen, griff man zu dem alten Kniff, die Opposition politisch zu verächtlichen. Wer nicht wollte, wie die Herren Possibilisten, war donlangstlicher Agent.

Das mußte eine Zeit lang. Als aber endlich der Stempel zu arg wurde und die Proteste sich häuften, entschloß sich die Arbeitskommission des Gemeinderaths, der die Kontrolle über die Geschäftsführung der Arbeitsbörse untersteht, diese Behörden zu prüfen. Der Bericht dieser Kommission ist jetzt erschienen und er ist eine vollständige Rechtfertigung der Opposition. Die Kommission, die aller donlangstlichen Reigungen unerbötlich ist, hat das Verlangen derselben, daß die Organisationen im Verhältnis der Anzahl ihrer zahlenden Mitglieder Berücksichtigung finden sollen, für durchaus gerechtfertigt anerkannt und empfiehlt, das Reglement der Arbeitsbörse im Sinne dieses Grundgesetzes dahin abzuändern, daß Vereine, die bis zu hundert zahlende Mitglieder haben, einen, die von 101 bis 300 zahlende Mitglieder haben, zwei, die von 301 bis 600 zahlende Mitglieder haben, drei, und die über 600 zahlende Mitglieder haben, vier Delegirte in das Generalkomitee zu entsenden berechtigt sein sollen. Das ist gewiß kein unbilliger Vorschlag, die kleinen Vereine kommen dabei durchaus nicht zu schlecht weg, demnach wollen die Possibilisten durchaus nichts davon wissen und sehen Himmel und Hölle in Bewegung, die Annahme dieses Vorschlages zu verhindern. Als Vorwand dient ihnen das Prinzip der heiligen „Autonomie“. Der Beschlutz sei eine Einmischung in die innere Verwaltung der Arbeitsbörse. Darüber ließe sich im Prinzip sogar reden, aber die Possibilisten selbst verwehren sich feierlich dagegen, als bestritten sie dem Pariser Gemeinderath, der das Budget der Arbeitsbörse bewilligt, grundsätzlich das Recht der Kontrolle. Sie wollen sie bios hier nicht, wo sie ihre Kleinerrückheit gefährdet. Mit einem Wort, die Autonomie, die sie meinen, ist Alles, nur nicht grundsätzlich. Was ist sie denn? — Autonomie!

— Aus Dänemark. Vom Parteivorstand der dänischen Sozialdemokratie geht uns über die Ausschluß-Affäre folgendes Schriftstück zu, das wir, um auch der andern Seite ihr Recht werden zu lassen, hiermit unverfälscht zum Abdruck bringen. Es lautet:

„Die sozialdemokratische Partei in Dänemark hat durch eine allgemeine Abstimmung, die im Zeitraum zwischen dem 11. und 20. November ds. Ja. stattfand, die folgenden damaligen Mitglieder auszuwählen beschloßen: Chr. Bilds, P. Christensen (Bildhauer, Delegirter an dem marxistischen Kongreß zu Paris 1889), Nielsen, Kolding, Typograph, F. Müller, Hjørnemark, Nicolai E. Petersen (Delegirter für einige Kopenhagener Vereine am marxistischen Kongreß), P. Petersen, Seemann, Gerson Frier. Wenn wir eine Mittheilung hierüber nicht früher an unsere auswärtigen Brüderparteien geschickt haben, so geschah dies aus folgenden Gründen:

1) Wir sind der Meinung gewesen, daß dieses Ereigniß keine so große Bedeutung für die Sozialdemokraten des Auslandes hatte, daß die Mittheilung hierüber auf Bekanntmachung in den auswärtigen Parteipartien Anspruch machen könnte.

2) Zugleich sind wir der Meinung, daß die genannte Ausschließung eine innere Frage ist, und daß unsere Partei ein unbestreitbares Recht hat, diese auf eine solche Weise zu ordnen, die die Partei selbst als notwendig für die Förderung ihrer Thätigkeit und die Vertheidigung ihrer Interessen erachtet.

Da aber mehrere Parteipartien des Auslandes Mittheilungen über die Sache gebracht haben, und da diese Mittheilungen ausschließlich auf den falschen und verdrehten Darstellungen der Ausschloßenen selbst basirt sind, so geben wir hier den folgenden authentischen Bericht:

Der Antrag, die genannten Personen auszuschließen, wurde in einer sozialdemokratischen Parteiversammlung in Kopenhagen, Donnerstag am 7. November, von 20, der Parteileitung nicht angehörenden Mitgliedern gestellt.

Die Parteiversammlung, die über 1000 Theilnehmer zählte, beschloß mit allen Stimmen gegen ca. 40, die Parteileitung aufzufordern, den Ausschluß von einer Parteistimmung abhängig zu machen.

Der direkte Anlaß des Ausschlusses war eine Reihe höhner, ehrenrührender und im höchsten Grade herabwürdigender Beschuldigungen gegen unsere Partei und ihre Vertrauensmänner, die in dem Wochenblatt „Arbejdere“, für welches Blatt die genannten 7 Personen das verantwortliche Redaktionskomitee waren, veröffentlicht worden war.

Diese Beschuldigungen gingen darauf aus, daß es den Vertrauensmännern der Partei völlig an der persönlichen Ehre fehlte, die sie zu Vertrauensposten in der Partei würdig machen sollte. Zugleich wurde die ganze Partei angefaßt, daß sie gesittlich und mit Berechnung ihre Vertrauensposten persönlich unehrlichen Leuten gäbe.

Wir wollen einzelne dieser ehrenrührenden Anschuldigungen zitiren: In dem Wochenblatt „Arbejdere“ vom 28. Oktober ist folgendes geschrieben:

„Die alten sozialdemokratischen Führer haben es in ihrer Agitation verstanden, den Kern des Sozialismus zu verhehlen, seinen Zweck zu verweigern oder ihn als etwas in einer so fernem Zukunft liegendes, daß niemand es zu fürchten bedürfte, darzustellen. ... Auf diese Weise haben sie Anerkennung von den Gegnern errungen. ... Warum handeln diese Führer so? Ja, die Herren selbst wissen es gewiß sehr gut. Sie denken wahrlich nicht wie die Weisten: „Wer das Kreuz hat, segnet sich selbst, und wenn wir mit den Zwischenparteien in gutem Einverständnis sind, dann können wir uns immer eine Mehrzahl schaffen, durch deren Hilfe wir uns die Führerposten sichern können, und mit diesen kommt sowohl Ehre als Vortheil. Die Mehrzahl — sie sei, wie sie wolle — das ist die Frage.“

In diesen Aussprüchen wird die Beschuldigung gegen die Vertrauensmänner der Partei gerichtet, daß sie, um persönlichen Vortheil zu erlangen, ihre Ueberzeugung verstoßen haben, um dadurch dem Sozialismus zu schaden und seinen Gegnern zu nützen. Sie werden folglich als persönlich unehrlich gebrandmarkt. Die überwiegende Mehrzahl der Partei wird beschuldigt, daß sie aus Gegnern, und nicht aus Sozialdemokraten bestehe, und es wird deutlich gesagt, daß die Mehrzahl der Partei gesittlich und mit Berechnung ebenfalls dem Sozialismus zu schaden suche.

In einem andern Artikel desselben Blattes, worin die dänische Sozialdemokratie mit einem Bande verglichen wird, und worin die verschiedenen Institutionen der Partei auf eine äußerst perfide Weise beschuldigt wurden, heißt es:

„Das Land hat nur einen Fluß, den „silbernen Fluß“. Dieser besitzt die merkwürdige Eigenschaft, daß er von dem niedrigsten gelegenen Lande nach dem hohen Lande fließt, wo das Wasser zum Theil verschwindet.“

Jedermann wird verstehen, daß diese Aussprüche auf die Parteileitung zielen, und daß diese dadurch befähigt wird, das Geld, das die Parteimitglieder für die Förderung der Bewegung aufbringen, für sich zu rauben.

Kürzer diesen Angriffen wird man leicht eine Reihe anderer ähnlichen Inhalts nachweisen können, welche die genannten Personen, gleich den fanatischsten Gegnern unserer Partei in der Kapitalistenpresse, veröffentlicht haben.

Diese ihre Thätigkeit hatte keineswegs ihren Anfang unmittelbar bevor ihre Ausschluß stattfand, ist vielmehr im Laufe eines viel längeren Zeitraums fortgesetzt worden. Es kann zum Beispiel angeführt werden, daß der genannte Nicolai E. Petersen schon vor 1 1/2 Jahren eine im Auslande gegen unsere Partei geschriebene Schmähchrift in's Dänische übertrug hat, und in dieser Schrift ward, außer einer Reihe an-erer großer Beschuldigungen, auch geltend gemacht, daß unser Parteiorgan „Sozial-Demokraten“ unwürdig sei, das Wort „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ zu tragen.

Das genannte Wochenblatt „Arbejdere“ ist ein Privatunternehmen, das ursprünglich von Gerson Frier und Nicolai E. Petersen ins Leben gerufen wurde. Die übrigen ausgeschloßenen Personen sind später in die Leitung eingetreten. Durch die Haltung, die das Blatt

eingezogen, ist es hinlänglich konstatiert worden, daß eine Spaltung unserer Partei bezweckt wurde, und dieses mag leicht verständlich sein...

Mit sozialdemokratischem Gruß Kopenhagen, 31. Dezember 1889.

Zur Namen des Hauptvorstandes der dänischen Sozialdemokratie: P. R. Knudsen, Geschäftsführer.

Wir haben unsere Ansicht über die Ausschlußfrage bereits in Nr. 51 vom vorigen Jahre geäußert, und was dort gesagt, ist noch heute unsere Meinung.

Das diesige Organ des sozialdemokratischen Partei-Vorstandes („Sozialdemokraten“) veröffentlicht einen Wahlaufruf an die Arbeiter und Parteigenossen...

Wir denken anders darüber und lenken seinerzeit die Aufmerksamkeit der New-Yorker Sozialisten auf folgenden Moment: Ist der russisch-polnisch-galizisch-jüdische Arbeiter, dem ihr sozialistische Literatur in jüdisch-deutscher Mundart zugänglich machen wollen...

Wir denken anders darüber und lenken seinerzeit die Aufmerksamkeit der New-Yorker Sozialisten auf folgenden Moment: Ist der russisch-polnisch-galizisch-jüdische Arbeiter...

Rußland. Wir haben seinerzeit — wohl von allen westeuropäischen Blättern mit zuerst — über die barbarischen Erschießungen von politischen Gefangenen in Jakuisk berichtet.

Ich umarme und küsse Euch Alle, alle meine theuren Brüder und Genossen. Ich wollte Euch schon gestern schreiben, hatte aber nicht die Möglichkeit dazu.

Meine Lieben, theuren Freunde und Genossen! Ich habe nicht mehr lange zu leben. Nehmen wir im Geiste Abschied von einander...

Vorläufig scheidet es freilich noch trübe aus. Schrankens wüthet das Ungeheuer „Jantismus“, und seine Schergen und Unterhorden jagen Alles, was Charakter zeigt...

Eine Anzahl Studenten, Streber, hatte eine Vereinigung, eine Art geheime Polizei gebildet, um das „Jantenthum“ und den orthodoxen Glauben zu unterdrücken.

Wir haben seinerzeit — wohl von allen westeuropäischen Blättern mit zuerst — über die barbarischen Erschießungen von politischen Gefangenen in Jakuisk berichtet.

Wir haben seinerzeit — wohl von allen westeuropäischen Blättern mit zuerst — über die barbarischen Erschießungen von politischen Gefangenen in Jakuisk berichtet.

Wir haben seinerzeit — wohl von allen westeuropäischen Blättern mit zuerst — über die barbarischen Erschießungen von politischen Gefangenen in Jakuisk berichtet.

Behörden zu richten, in welcher die Kollegen als Geheimbändler und Hülftlinge hingestellt wurden. Desaufolge wurden fünfzehn Studenten ohne jede Untersuchung relegirt und ihnen der Befehl ertheilt, Odessa binnen vierundzwanzig Stunden zu verlassen.

In New-York tagte jüngst eine Konvention von Arbeitern jüdischer Abstammung. 31 jüdische Arbeitervereine — aus eingewanderten Juden russischer, russisch-polnischer, galizisch-polnischer Sprache...

Gegen diesen Gedanken — ein Arbeiterblatt in jüdischem Jargon — wendet sich mit großer Schärfe das von Genosse Hesper redigirte „St. Louis Tageblatt“.

Der einfache Hinweis auf Moses Mendelssohn's Leistung sollte genügen, diesen Einwand zu vernichten. Was Luther 250 Jahre zuvor für die Deutschen und für die deutsche Sprache im Allgemeinen durch Herstellung einer Bibelübersetzung in allerbesten Deutsch seiner Zeit gethan...

In Amerika würde in solchem Falle natürlich der Englischen Sprache die Rolle der Kulturmission unter den russisch-polnisch-galizischen Juden zufallen. Es ist ganz gleichgültig, in welcher Sprache der Mensch der Kultur zugeführt und ihr theilhaftig wird.

Wie die geklärteste Sprache die Trägerin unserer Kultur, so jenes Monstrum die Heimstätte der Unkultur.

Wir denken anders darüber und lenken seinerzeit die Aufmerksamkeit der New-Yorker Sozialisten auf folgenden Moment: Ist der russisch-polnisch-galizisch-jüdische Arbeiter, dem ihr sozialistische Literatur in jüdisch-deutscher Mundart zugänglich machen wollen...

Wir stimmen ihm zunächst in dem bei, was es über den jüdischen Jargon sagt. Derselbe ist keine unwillkürliche Volkssprache, sondern eine verborbene Mundart, die kein Element enthält, das der Erhaltung werth wäre...

Man braucht nun aber nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten. Die Thatfache, daß Tausende und Abertausende von Arbeitern jenen Jargon und nur ihn sprechen und lesen, ist da, und es liegt kein Grund vor, ihm nicht sozialistischerseits Rechnung zu tragen.

Alles, was darüber hinausgeht, ist zum Mindesten schädliche Spielerei.

Briefkasten

Der Redaktion: H. M. in Par.: Brief und Buch mit bestem Dank erhalten. Letzteres nach Gebrauch sofort zurück.

Der Expedition: H. Schr. Anth.: Th. 9.6 per Ab. 1. Cu. u. Schft. erb. Edg. abg. — Tisch. soz. Club Kavelliste: Fr. 12.— Ab. 4. Cu. 89 erb. Weiteres angenehm. Grüße bestens erwidert.

schon seit Oct. 88 in London u. kostet nach Amerika 2 Doll. per Jahr nur gegen ganzjährige Vorauszahlung im Einzelbezug.

Wahlfond-Duittung

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes entries like 'Sozialdemokr. Bildungsverein in Brüssel (Fr. 80.—)', 'Kaiserlicher Arbeiterverein in Wien (Fr. 10.—)', etc.

Da es noch immer vorkommt, daß Genossen in Deutschland Gelder zu Wahl- und Unterstützungszwecken etc. an uns, well sie diesen Weg für sicherer halten...

Es ist freilich selbstverständlich, daß wir an uns gesandte Gelder, die nicht und gehören, an Diejenigen absenden, für die sie bestimmt sind.

Sozialdemokratische Bibliothek

Table with 3 columns: No., Title, and Price. Lists various books like 'Gesellschaftliches und Privat-Eigenhum.', 'Karl Marx vor den Kölner Geschwornen', etc.